parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 22 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Jetzt die direkte Demokratie stärken
3 Birgit Keller soll Landtagspräsidentin werden
4 Kritik am Verfassungsschutzbericht
5 Der UA 6/3: Fehler im Betriebssystem

Kommentar

Nie wieder!

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Grund- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Das hat uns der 9. November erneut bewusst gemacht.
1938 überfielen die Nazis Jüdinnen und Juden, verhafteten und ermordeten sie, steckten Synagogen in Brand, zerstörten tausende Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe. Erst vor wenigen Wochen kam es zu einem antisemitisch motivierten Anschlag in Halle, bei dem Menschen getötet und verletzt wurden. Der Täter teilte eine Ideologie, die auch bei der AfD Verwendung findet. Wenn eine CDU-Landrätin kurz vor dem 9. November in Thüringen die Zusammenarbeit mit örtlichen AfD-Vertretern über den Klee lobt, die gemeinsame Sache mit einem verurteilten Holocaustleugner machen, dann ist das beschämend und geschichtsvergessen. Wir sagen klar, Nie wieder!
Wenn sich der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Jüdische Landesgemeinde schockiert zeigen, dass sich einige CDU-Politiker als Steigbügelhalter für die rechtsradikale AfD in Thüringen andienen wollen, muss diese Warnung sehr ernst genommen werden. Die AfD kann niemals Partner sein, sie ist eine Bedrohung für die demokratische Kultur und das friedliche Zusammenleben, daher werden wir ihr auf allen Ebenen entgegentreten.
Der 9. November war auch der 30. Jahrestag des Mauerfalls und markiert die Überwindung der Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke. Dieser Tag ist Anlass zur Freude und verpflichtet uns zugleich, für Frieden und friedliche Konfliktlösungen in Europa und der Welt einzustehen und Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und West endlich und energisch abzubauen.

So viele wie noch nie

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag der 7. Legislaturperiode

Mit 31 Prozent der Wählerstimmen und 29 Mandaten, so vielen wie noch nie, ist DIE LINKE bei den Landtagswahlen am 27. Oktober in den Thüringer Landtag eingezogen, elf der 29 Abgeordneten mit einem Direktmandat. In ihrer ersten Sitzung am 8. November fassten sie den Beschluss über die Konstituierung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag der 7. Legislaturperiode.

Der Beschluss lautet: „Die direkt gewählten Abgeordneten: André Blechschmidt, Steffen Dittes, Susanne Hennig-Wellsow, Birgit Keller, Dr. Gudrun Lukin, Katja Mitteldorf, Bodo Ramelow, Daniel Reinhardt, Karola Stange, Philipp Weltzien, Torsten Wolf und die über die Landesliste der Partei DIE LINKE Thüringen gewählten Abgeordneten: Patrick Beier, Sascha Bilay, Cordula Eger, Kati Engel, Markus Gleichmann, Lena Saniye Güngör, Ronald Hande, Ralf Kalich, Katharina König-Preuss, Knut Korschewsky, Ute Lukasch, Katja Maurer, Anja Müller, Ralf Plötner, Christian Schaft, Andreas Schubert, Dr. Marit Wagler, Heike Werner schließen sich zur Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag der 7. Wahlperiode zusammen.“

Die Abgeordneten beschlossen folgende Sprecherfunktionen:

Sprecherin für Antifaschismus/Antirassismus: Katharina König-Preuss
Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik: Lena Saniye Güngör
Sprecher für Bildungspolitik: Torsten Wolf
Sprecher für Energie und frühkindliche Bildung: Daniel Reinhardt
Sprecher für Europapolitik: Markus Gleichmann
Sprecher für Gesundheitspolitik und Pflege: Ralf Plötner
Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales: Karola Stange
Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik: Ronald Hande
Sprecher für Innenpolitik: Steffen Dittes
Sprecherin für Justiz, Verfassung, Demokratie und Petition: Anja Müller
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik sowie für Suchtprävention: Kati Engel
Sprecher für Kommunalpolitik: Sascha Bilay
Sprecherin für Kulturpolitik, Religionsfragen und Aufarbeitung: Katja Mitteldorf
Sprecher für Landesentwicklung: Ralf Kalich
Sprecherin für Landwirtschaft und Forsten: Dr. Marit Wagler
Sprecher für Medienpolitik: André Blechschmidt
Sprecher für Migrationspolitik/Ostkonferenz: Patrick Beier
Sprecher für Netzpolitik, Digitalisierung und Datenschutz: Philipp Weltzien
Sprecherin für Familie und Senioren: Cordula Eger
Sprecher für Sport- und Tourismuspolitik: Knut Korschewsky
Sprecherin für Umweltpolitik, Klima- und Tierschutz: Katja Maurer
Sprecherin für Verkehrspolitik und Mobilität: Dr. Gudrun Lukin
Sprecher für Wirtschaftspolitik: Andreas Schubert
Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung: Christian Schaft
Sprecherin für Wohnungspolitik: Ute Lukasch

Menschenwürdiges Existenzminimum

Hartz IV abschaffen zugunsten einer armutsfesten, sanktionsfreien Grundsicherung

Ob Hartz-IV-Sanktionen mit dem menschenwürdigen Existenzminimum vereinbar sind, darüber hatte das Bundesverfassungsgericht am 5. November geurteilt und die derzeitigen Regelungen für teilweise verfassungswidrig erklärt. Mit dem Grundgesetz unvereinbar, so das Gericht, sind insbesondere die Kürzungen um 60 Prozent oder mehr. Um 30 Prozent dürfen die Leistungen weiter gekürzt werden.

Folgendermaßen bewerteten Ina Leukefeld, langjährige LINKE Arbeitspolitikerin, und Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, die Entscheidung der Karlsruher Richter: „Das halbherzige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt: Hartz IV kann man nicht verbessern, nur abschaffen – zugunsten einer wirklich armutsfesten, sanktionsfreien Grundsicherung, so wie das die LINKE schon seit Beginn des Hartz-IV-Systems als Gegenmodell fordert. Nichtsdestotrotz ist das Urteil ein weiterer Schritt im Kampf für komplette Sanktionsfreiheit. Unser Ziel bleibt die Überwindung von Hartz IV.“

Es sei traurig, dass das Gericht mit dem Urteil an seiner früheren Rechtsprechung zu den repressiven Sanktionen festhält und damit sein jüngeres Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen und dem geschützten menschenwürdigen Existenzminimum zulasten der Betroffenen praktisch unterläuft. „Die weitere Reformdiskussion muss sich am Gedanken des unangreifbaren menschenwürdigen Existenzminimums als Schlüssel für gleiche Teilhabe aller in der Gesellschaft orientieren, nicht am neoliberal-repressiven ‚Fördern und Fordern‘, das für Menschen in sozial schwierigen Situationen leider nur ein Fordern und Abverlangen ist, aber kein Fördern“, so die beiden LINKE-Abgeordneten.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Gewaltschutz

Kein Wegsehen

Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, zunehmend digitale Gewalt sind noch immer Alltag in unserer Gesellschaft. Jede vierte Frau erlebt Gewalt in der Partnerschaft. Bewegungen wie #metoo zeugen eindrücklich davon, wie verbreitet Sexismus und sexualisierte Gewalt sind. Im Jahr 2018 wurden in Thüringen mehr als 2.300 Frauen Opfer häuslicher Gewalt und mehr als 1.200 Frauen Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Zahlen bleiben hoch und jede Gewalttat an einer Frau oder einem Mädchen ist eine zu viel.

Ein besserer Gewaltschutz kann durch mehr Präventions- und Bildungsangebote gelingen, aber auch durch ein gesellschaftliches Klima, das Frauen und Mädchen bestärkt und Gewalt ächtet. Es darf kein Wegsehen geben und keine Lücken in der Versorgung und Betreuung von Opfern. Mit der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, liegt ein umfangreiches Instrument zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt vor. Die Konvention muss auch in Thüringen umgesetzt werden.

An verschiedenen Orten wurden am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, Zeichen gesetzt. So hatte das Frauenzentrum Brennessel auf dem Erfurter Fischmarkt eine öffentliche Gedenkveranstaltung durchgeführt für alle Frauen, die verletzt, gedemütigt oder sogar getötet wurden.

Karola Stange ist Sprecherin der Linksfraktion für Gleichstellung

Für eine Stärkung der direkten Demokratie

Jetzt könnten im Landtag Hindernisse aus dem Weg geräumt werden

Die LINKE-Fraktion hat den Vorschlag von „Mehr Demokratie Thüringen“ außerordentlich begrüßt, die Sacharbeit im neuen Landtag mit dem Thema Stärkung der direkten Demokratie zu beginnen. Anja Müller, die Sprecherin für Demokratie und Verfassung, hat in diesem Zusammenhang auch auf entsprechende Vorschläge des Ministerpräsidenten verwiesen.

Es wäre äußerst sinnvoll, als Diskussionsgrundlage die in der letzten Wahlperiode unterbreiteten Gesetzesvorschläge von Rot-Rot-Grün und den CDU-Gesetzentwurf zum fakultativen Referendum heranzuziehen“, sagte Anja Müller. Schwerpunkte der R2G-Vorhaben waren die Abschaffung des Finanzvorbehalts, die Senkung der Quoren und die Einführung des Einwohnerantrags. Als Arbeitsstruktur böte sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe der demokratischen Fraktionen des Landtags an. Auch „Mehr Demokratie Thüringen“ sollte an der weiteren Arbeit beteiligt werden, da man mit solchen Konstellationen schon während der Demokratie-Reformen in den Jahren 2001 bis 2003 und 2008 /09 gute Erfahrungen gemacht habe.

„Die Stärkung der direkten Demokratie ist ein wichtiger Baustein, um das Vertrauen und die Akzeptanz in politische Entscheidungen wieder zu stärken. Denn die Menschen in Thüringen machen bei erfolgreichen Volksbegehren und Referenden die Erfahrung, dass ihre Anliegen und Vorschläge ernstgenommen werden und sie ganz konkret ihren Lebensalltag und ihr Lebensumfeld mitgestalten können“, gab die Landtagsabgeordnete zu bedenken. Deshalb habe sich die LINKE auch schon in der ersten Lesung des Referendums-Gesetzentwurfs offen gezeigt für Gespräche mit der CDU. „Allerdings halten wir - anders als bisher die CDU - das Referendum nur ohne Finanzvorbehalt für sinnvoll, so wie das auch für Volksbegehren gilt, denn bei allen Inhalten geht es doch auch immer um deren Finanzierung mit Steuergeldern“, so Anja Müller weiter.

Die Thüringer Erfahrungen aus den letzten Jahren zeigten, dass der Finanzvorbehalt „ein großer Bremsklotz ist für die Weiterentwicklung der direkten Demokratie“. Die derzeit offene parlamentarische Situation biete die Chance, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen. „Was 2003 gelang und 2009, nämlich eine partei- und fraktionsübergreifende Lösung von großer Breite, kann auch jetzt wieder funktionieren“, unterstrich die LINKE-Politikerin.

Am 14. November hatte Ralf-Uwe Beck, Sprecher von Mehr Demokratie, einen Forderungskatalog des Landesverbandes für den weiteren Ausbau der direkten Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in der Landespressekonferenz in Erfurt vorgestellt. Einen Tag später war die Landtagsabgeordnete Anja Müller als Mitglied des Mehr-Demokratie-Verbandes zusammen mit Philipp Gliesing in Eisenach beim Unterschriftensammeln unterwegs.

Anerkannt und geachtet

Neue Präsidentin des Thüringer Landtags soll Birgit Keller werden

In ihrer Sitzung am 13. November ist die Fraktion DIE LINKE dem Vorschlag des geschäftsführenden Landesvorstandes der LINKEN gefolgt und hat beschlossen, zur konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags, die für den 26. November anberaumt ist, die derzeitige Ministerin für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten und für die LINKE mit Direktmandat gewählte Abgeordnete Birgit Keller als Landtagspräsidentin vorzuschlagen. Die LINKE als stärkste Fraktion stellt damit erstmals in der Geschichte der Partei die Landtagspräsidentin.

Zur Nominierung von Birgit Keller erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE: „Birgit Keller ist über Parteigrenzen hinweg anerkannt und geachtet. Sie hat in verschiedenen Positionen sowohl als Landtagsabgeordnete, Landrätin als auch als Ministerin bewiesen, hochkomplexe Themen und Verwaltungsstrukturen fachlich und menschlich erfolgreich vorantreiben und leiten zu können. Die Landespolitikerin Birgit Keller wird thüringenweit als gesellschaftspolitische Brückenbauerin geschätzt. Wir sind überzeugt, dass sie die nun anstehenden schwierigen Diskussionsprozesse und vielschichtigen Arbeitsabläufe erfolgreich koordinieren und moderieren wird."

Birgit Keller, die zur Wendezeit mit am Runden Tisch in Nordhausen saß, ist seit langem bei der LINKEN aktiv und engagiert. Von 1995 bis 2004 war sie Wahlkreismitarbeiterin, von 2009 bis 2012 gehörte sie bereits dem Thüringer Landtag an und von 2012 bis 2014 war sie Landrätin des Landkreises Nordhausen.

Ministerpräsident Bodo Ramelow will zunächst keinen neuen Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft berufen. Das sei vor der konstituierenden Sitzung des Landtags nicht geplant, hieß es. Staatssekretär Klaus Sühl soll die Geschäfte vorerst übernehmen.

Der neue Thüringer Landtagsvorstand soll neben der Präsidentin, für deren Wahl andere Fraktionen schon Zustimmung signalisiert haben, fünf stellvertretende Präsidenten/Präsidentinnen haben. Darauf einigten sich am 15. November die Vertreter der Fraktionen von LINKE, CDU, SPD, Grüne und FDP. In der vergangenen Legislaturperiode gab es nur zwei StellvertreterInnen. Für die nunmehr vorgesehene Erweiterung muss die Geschäftsordnung des Landtages geändert werden. Dabei soll der dann sechsköpfige Landtagsvorstand nicht mehr Geld kosten.

Die Vertreter der demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag haben sich verständigt und geeinigt, dass die bisherigen finanziellen Zuschläge für die beiden Vize-PräsidentInnen auf alle fünf künftigen Vize-PräsidentInnen verteilt werden sollen.

Arbeitsstrukturen festgelegt

Während der konstituierenden Sitzung der Fraktion DIE LINKE am 8. November im Thüringer Landtag wurde auch der Fraktionsvorstand neu gewählt.
Mit klarem Ergebnis (89 Prozent) wurde die bisherige Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow wiedergewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden bleiben Katja Mitteldorf und Ronald Hande. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer, André Blechschmidt, gehört wieder dem Fraktionsvorstand an. „Das deutliche Ergebnis bestärkt uns darin, unsere Arbeit kontinuierlich fortzuführen und konzentriert die nächsten Aufgaben anzugehen. Jetzt geht es darum, die besten Lösungen für alles Anstehende auf den Weg zu bringen", hatte Susanne Hennig-Wellsow betont.
In der Sitzung wurden auch die Arbeitsstrukturen festgelegt. Die Abgeordneten arbeiten in folgenden Arbeitskreisen:
Haushalt und Finanzen - Ronald Hande, Sascha Bilay, Ralf Kalich, Torsten Wolf, Dr. Gudrun Lukin, Cordula Eger.
Inneres und Kommunales - Steffen Dittes, Sascha Bilay, Katharina König-Preuss, Markus Gleichmann.
Wirtschaft und Wissenschaft - Andreas Schubert, Christian Schaft, Philipp Weltzien, Knut Korschewsky.

Infrastruktur, Landwirtschaft, Forsten - Ralf Kalich, Dr. Gudrun Lukin, Ute Lukasch, Dr. Marit Wagler.
Bildung, Jugend, Sport - Torsten Wolf, Kati Engel, Knut Korschewsky, Daniel Reinhardt.
Umwelt, Energie und Naturschutz - Katja Maurer, Dr. Marit Wagler, Daniel Reinhardt.
Europa, Kultur, Medien - Markus Gleichmann, Katja Mitteldorf, André Blechschmidt.
Migration, Justiz, Verbraucherschutz - Anja Müller, Patrick Beier, André Blechschmidt.
Arbeit, Soziales, Gleichstellung - Karola Stange, Cordula Eger, Lena Saniye Güngör, Ralf Plötner (Heike Werner).
Petitionen - Anja Müller, Ute Lukasch, Kati Engel, Philipp Weltzien.

» Altlasten

Unter Berufung auf das Thüringer Umweltministerium berichtete der MDR am 18. November, dass zwar 76 DDR-Umwelt-Altlastflächen saniert worden seien, aber thüringenweit weitere 788 solcher Flächen, von denen Umweltgefahren ausgehen, bekannt seien. Dazu gehören fast 600 ehemalige Betriebsgelände sowie einstige Deponien und frühere Militärgelände. Besonders schwerwiegende Altlasten sind beispielsweise das einstige Teerwerk in Rositz, die frühere Kettenfabrik in Barchfeld, die ehemalige Eisenacher Farbenfabrik Arzberger und das Minol-Tanklager in Erfurt. Dazu kommen weitere 10.944 so genannte Altlastenverdachtsflächen, die noch nicht abschließend untersucht wurden.

» Lehrermangel

Der Thüringer Lehrerverband hat am 16. November eine Erklärung an den Landtag gerichtet, in der er LINKE, CDU, SPD, Grüne und FDP aufruft, gemeinsam gegen Lehrermangel vorzugehen. Er sprach von einer „Koalition der Vernunft". Denkbar sei eine fraktionsübergreifende Initiative für bessere Einstellungsbedingungen, die von einer geschäftsführenden Regierung umgesetzt werden könne. Der Bildungspolitiker der Linksfraktion, Torsten Wolf, sagte der dpa: „Eine Koalition der Vernunft wünsche ich mir auch. Aber es muss jetzt niemand den Notstand ausrufen." Thüringen habe eine handlungsfähige Regierung, die weiter im Amt sei, und einen beschlossenen Haushalt für 2020.

»Oberhof

Im Jahr 2023 ist Thüringen Gastgeber einer einmaligen Doppel-WM. Sowohl die Biathlon-Weltmeisterschaft als auch die Weltmeisterschaft im Rennrodeln 2023 werden den sportlichen und öffentlichen Fokus mehr denn je auf die Region Südthüringen lenken. Um eine konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten zu ermöglichen, erfolgte am 15. November in der Staatskanzlei die Konstituierung des Ehrenpräsidiums „WM 2023 Oberhof", wobei Ministerpräsident Bodo Ramelow den Vorsitz des Ehrenpräsidiums übernahm. Zu den Aufgaben des Gremiums zählen unter anderem die Steuerung und politische Unterstützung für eine erfolgreiche Organisation, Umsetzung und Vermarktung der beiden Weltmeisterschaften 2023 in Oberhof.

„Unser Projekt ist einzigartig“

Vor dem 25. Geburtstag der Alternative 54 e.V./Mehr als 1,4 Millionen Euro gespendet

Den meisten der elf neuen Abgeordneten der Linksfraktion ist der Verein Alternative 54 natürlich bekannt. Er war 1995 aus Protest gegen den Diätenautomatismus – geregelt im Artikel 54 der Verfassung des Freistaats – durch die Abgeordneten der PDS gegründet worden. Dennoch nutzte die stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Dr. Gudrun Lukin (die Jenaerin ist mit einem Direktmandat wieder in den Landtag eingezogen), bei der ersten Zusammenkunft der Abgeordneten die Möglichkeit, zu informieren und zu werben.

„Unser Projekt ist einzigartig in der Parteienlandschaft, sowohl von den Ergebnissen her als auch von der Dauer. Schließlich können wir nächstes Jahr unser 25jähriges Jubiläum begehen“, sagte Gudrun Lukin. „Von der Gründung der Alternative 54 e.V. im Jahr 1995 bis zum 31.10.2019 sind mit den Spenden insgesamt schon 1.427.440 Euro für 3.832 Projekte in die soziale Infrastruktur Thüringens geflossen. Darauf können wir zu Recht stolz sein.“

Im Gründungsprotokoll heißt es, Ziel des Vereins ist es, „das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurückzugewinnen, indem die Abgeordneten durch ihre freiwillige Vereinsmitgliedschaft einen Teil ihrer zukünftigen Abgeordnetenbezüge zur Verfügung stellen, damit er in einem für die Öffentlichkeit transparenten Verfahren der Förderung gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke zugeführt werde.“

Alle Landtagsabgeordneten, erst der PDS, dann der LINKEN, sind seither ohne Ausnahme Mitglied in diesem Verein. Sie spenden monatlich einen Teil ihrer Diäten. Die Alternative 54 wiederum gibt die Spenden der Abgeordneten weiter an Vereine und Verbände Thüringens für vielfältige soziale, kulturelle, sportliche und bildungspolitische Projekte. Wie zum Beispiel (s. Foto) die Abgeordnete Kati Engel, die kürzlich mit ihrem offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx Mitgliedern des Ortsverbandes Werratal des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen einen Spendenscheck der Alternative 54 überreichte.

Energieversorgung

Der SuedOstLink

Noch im Oktober hatte die Bundesnetzagentur den ersten Abschnitt des Trassenkorridors für den SuedOstLink festgelegt. Die neue Stromautobahn soll unterirdisch etwa 80 Kilometer entfernt von Eisenberg bis ins Dreiländereck Bayern-Sachsen-Thüringen verlegt werden. Die Trasse würde an Bad Köstritz vorbei verlaufen, Gera großräumig umgehen und unter anderem bei Kraftsdorf und Saara bis Weida im Landkreis Greiz verlaufen. An diesem Punkt sollen die Leitungen mit einer Freileitung bis Höhe Langenwetzendorf gebündelt werden.

„Eine unterirdische Leitung ist zwar für die Menschen vor Ort optisch nicht wahrnehmbar, aber einen großen Nachteil stellen die extrem hohen Kosten dar. Fachleute gehen vom Sechsfachen des Preises für eine Überlandleitung aus. Unabhängig davon bin ich der Überzeugung, dass die Trasse grundsätzlich gar nicht notwendig wäre, wenn wir viel mehr auf dezentrale Energieversorgungsstrukturen setzen würden“, hatte sich für die LINKE Steffen Harzer positioniert.

Mit den Leitungen soll Windstrom aus dem Norden Deutschlands in den Süden transportiert werden. Hinzu kommen die Folgen des „Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus“ vom Mai dieses Jahres, das das Verfahren für die Optimierung, die Verstärkung und den Bau von Stromleitungen vereinfachen und beschleunigen soll. „Daher war es seitens der Thüringer Landesregierung richtig, dass sie den Gesetzentwurf im Bundesrat abgelehnt hat“, hatte der LINKE-Politiker betont.

Ohne Gebrauchswert

Auch diesem Thüringer Verfassungsschutzbericht fehlt die Analyse

Der Thüringer Verfassungsschutzbericht für 2018 wurde am 11. November der Öffentlichkeit vorgestellt und hat bei der Linksfraktion ein kritisches Echo gefunden. Wie der innenpolitische Sprecher Steffen Dittes sagte, weise der Bericht zwar auf die Funktion der Verfassungsschutzbehörden als „Frühwarnsystem“ hin, „aber zugleich beweist er, dass er diese Funktion in keiner Weise ausfüllen kann“. Für Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft habe er keinerlei Gebrauchswert.

Nicht ohne Grund greifen Medien und Institutionen eher auf die Analysen des 2016 in Thüringen neu errichteten Institutes für Demokratie und Zivilgesellschaft zurück“, so der LINKE-Politiker. Sie weisen deutlich auf die Gefahren hin, die aus der Manifestierung demokratiefeindlicher Einstellungen sowie der Etablierung einer zweifellos verfassungsfeindlich agierenden Partei in den Parlamenten erwachsen. Sie warnen konkret vor der dadurch weiter zunehmenden Militanz extrem rechter Täter und Tätergruppen.

„Statt auf diesen Zusammenhang einzugehen, belässt es das Amt für Verfassungsschutz im Wesentlichen dabei, Erkenntnisse von Polizei, Journalisten, Zivilgesellschaft und Wissenschaftlern zu reproduzieren. Und selbst diese werden zum Teil verzerrt und einseitig dargestellt“, betonte Steffen Dittes. Katharina König-Preuss, Sprecherin der Linksfraktion für Antifaschismus, unterstrich: „Die Informationen sind ja nicht neu, sondern von antifaschistischen Gruppen abgeschrieben. Umso erstaunlicher ist, dass das Amt auf eine Darstellung der Produktions- und Vertriebsstrukturen, die rechte Musikszene in Thüringen samt Band-Aufstellung und stattgefundener oder verhinderter Konzerte verzichtet. Trotz umtriebiger Aktivitäten finden sich auch beispielsweise weder die Identitäre Bewegung noch andere rechte Strukturen, wie eine extrem rechte Gruppierung, die mit dutzenden Aktionen im Berichtszeitraum gegen den Moscheebau in Erfurt-Marbach wetterte.“

Verbot von „Combat 18“und Abzug aller V-Leute. Neonazistische Terror-Struktur zerschlagen!

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Allerdings bräuchte es dazu weder Geheimdienst noch nachrichtendienstliche Mittel, die Informationen sind alle offen zugänglich. Zwar widme sich das Amt nun auch „Combat 18“ in seinem Bericht, komme damit aber über zwei Jahre zu spät und das auch nur nach öffentlichem Druck. Zu den wenigen positiven Neuerungen gehöre die zumindest oberflächliche Auseinandersetzung des Amtes mit der Qualität des eigenen Hinweisaufkommens zum islamistischen Terrorismus. An einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem kritischen Extremismusbegriff mangele es weiterhin.

„Um zu erkennen, dass Straftaten im Bereich Links rückläufig sind und wie sich die anderen Phänomenbereiche bei Straftaten der politisch motivierten Kriminalität entwickelt haben, braucht es keinen Verfassungsschutzbericht. Die Bearbeitung der Straftaten ist Aufgabe der Polizei und nicht des Geheimdienstes, darum hat das LKA dieselben Zahlen bereits vor einem halben Jahr veröffentlicht“, so die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.

Fehler im Betriebsablauf

Zur Übergabe des Abschlussberichts des Landtags-Untersuchungsausschusses 6/3

Den abschließenden Bericht des Untersuchungsausschusses 6/3, „Möglicher Amtsmissbrauch" hat der Vorsitzende des Ausschusses, Knut Korschewsky (LINKE), am 8. November an die Präsidentin des Thüringer Landtags, Birgit Diezel (CDU), übergeben. Ein entspannter, unaufgeregter Termin und damit so wenig exemplarisch für die Bedingungen, unter denen der stets im medialen Fokus stehende Ausschuss drei Jahre gearbeitet hatte.

Eingesetzt wurde der Untersuchungsausschuss durch Beschluss des Thüringer Landtags im September 2016 auf Antrag der CDU-Fraktion. Die zentrale Frage des Ausschusses war, ob und inwieweit der Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dieter Lauinger (Grüne), in Verbindung mit Mitgliedern der Landesregierung sein Amt genutzt haben könnte, um seinem Sohn eine Befreiung von der Besonderen Leistungsfeststellung (Blf) zu ermöglichen.

Der Ausschuss war von Beginn an medial stark begleitet und wurde vor allem von der CDU als politisches Kampfinstrument gebraucht und missbraucht. Vorverurteilungen und vorgezogene Beweiswürdigungen waren die Regel, interne Informationen und Pressemitteilungen, auch aus geschlossenen Sitzungen, wurden an die Presse gespielt und erschwerten die Arbeit des Ausschusses enorm.

Außerdem sorgte die CDU dafür, dass der Ausschuss am Anfang nur schleppend vorankam. Ein gutes Beispiel ist ein Beweisantrag, der dazu führte, dass alle Registraturkräfte von drei Ministerien befragt werden mussten.

Da wurden erst im Ausschuss die Akten herangezogen

Die Koalition hatte die CDU dringlich befragt, wie sinnvoll das sein könne und ob man da nicht eine Menge Zeit vertrödele. Aber keine Chance: Alle sollten gehört werden. Das Ergebnis waren sieben Sitzungen, in denen 44 Zeugen zu dem Beweisantrag gehört werden mussten. Und zwar OHNE neue Erkenntnisse zu gewinnen!

Beispielhaft ist auch, dass sich die CDU nur sehr marginal, manchmal hatte man den Eindruck, gar nicht, auf eine sachgerechte Abarbeitung der Beweisanträge im Ausschuss vorbereitete. Da wurden erst im Ausschuss die Akten herangezogen und wild geblättert, da kam es vor, dass sich die Kollegen der CDU an einem Thema festbissen, das sie selbst schon vor anderthalb Jahren durch einen Beweisantrag einer Klärung zugeführt hatten und das man guten Gewissens als ausermittelt bezeichnen konnte. Doch während die CDU zumindest hin und wieder noch den Anschein erweckte, sich an der Aufklärung beteiligen zu wollen, saß der Vertreter der AfD, einer Schaufensterpuppe vergleichbar, im Ausschuss. Die Wortmeldungen lassen sich an einer einzigen Hand abzählen, es existiert kein einziger Beweisantrag der AfD in diesem Ausschuss. Und das von einer Partei, die den „Altparteien" vorwirft, sich nicht mit Sacharbeit zu befassen und dass alles besser werde, wenn sie an die Macht käme. Wie das ohne jegliche Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit umgesetzt werden soll, bleibt ihr Geheimnis.

Fehler wurden auf allen Ebenen begangen

Nach diesen drei Jahren, in denen mehr als 80 Zeugen, teils mehrfach, vernommen wurden, in denen mehr als 60 Beweisanträge beschlossen und ein Zwischenbericht sowie, nun vorliegend, ein abschließender Bericht gefasst wurden, lässt sich aus Sicht der Linksfraktion folgendes Fazit ziehen: Minister Dieter Lauinger sind zweifellos Fehler unterlaufen.

So hätte er beispielsweise nicht von einem dienstlichen Telefon aus dem Ministerium heraus in einer Privatangelegenheit tätig werden dürfen. Auch größtmögliche Transparenz von Beginn an wäre zwingend notwendig gewesen. Dies räumte er später selbst ein und die Landesregierung informierte in einer öffentlichen Ausschusssitzung und in einer Plenardebatte umfassend zu dem Vorgang. Diese Sitzungen, bereits vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses abgehalten, haben eine Faktenlage dargestellt, die sich durch die Arbeit des Ausschusses bestätigen ließen. Mehr allerdings auch nicht.

Fehler, so stellte der Ausschuss in seinem abschließenden Bericht fest, wurden in dem Vorgang um den Sohn des Ministers indes nicht nur von dem Minister selbst, sondern auf allen Ebenen begangen: Beginnend in der Schule, die einen fehlerhaften Bescheid ausstellte und sich nicht mit dem Schulträger, dem Bistum Erfurt, abstimmte. Der Schulträger, der seiner Aufsichts- und Informationspflicht bezüglich der Edith-Stein-Schule nicht in ausreichendem Maße nachkam. Den Beamten im Ministerium, die dem Vertrauensschutzargument keine Bedeutung zumaßen und ebenfalls ihren Informationspflichten unzureichend nachkamen. Eine Rechtslage, in der die Durchführungsbestimmungen zum Schulgesetz dem Schulgesetz widersprachen, was zwangsläufig früher oder später zu einem Fall wie dem hier vorliegenden führen musste. Mehrfachzuständigkeiten und damit unklare Zuständigkeiten auf Ministeriumsebene und dem nachgeordneten Schulamt sowie der verkomplizierende Fakt, dass es sich bei der Schule um eine Schule in freier Trägerschaft handelt. Zwischenmenschliche Verwerfungen und damit einhergehend eine oft mangelhafte Kommunikation zwischen Schulamt und Ministerium und beider mit Schule und Eltern. Fehlende Aktenvermerke, die vielleicht zur Erhellung der Sachlage hätten beitragen können.

Damit kann künftig Rechtsunsicherheit verhindert werden

All dies trug zu einer komplizierten Gemengelage bei, die für keinen der Beteiligten ohne Blessuren ausgehen konnte. So bleibt am Ende ein Sowohl-als-auch, eine Verantwortlichkeit in vielen Händen und damit niemand, den man öffentlichkeitswirksam als alleinig Schuldigen herausstellen könnte. Und trotz dieses, für manchen sicher unbefriedigenden Fazits, kann der Untersuchungsausschuss „Möglicher Amtsmissbrauch" einen Nutzen ausweisen: Der Ausschuss hat, wie es vielleicht bei der Bahn heißen würde, „Fehler im Betriebsablauf" identifiziert und deutlich gemacht. Vielleicht kann damit zukünftig Rechtsunsicherheit verhindert und klare Kommunikation und Zuständigkeit gewährleistet werden.

Es hat sich in Reaktion auf die Befragungen und Ergebnisse des Ausschusses sogar bereits Einiges getan: Der Schulträger der Schule hat mittlerweile seine Beratungstätigkeit intensiviert, kommt seiner Aufsichtspflicht besser nach und steht den Schulen in seiner Trägerschaft vor allem auch in rechtlichen Fragen zur Seite.

Außerdem wurden die Durchführungsbestimmungen zur Thüringer Oberstufe geändert und regeln nun auch den Fall eines unterjährigen Auslandsaufenthalts. Nicht geregelt ist aber weiterhin die Unvereinbarkeit von Durchführungsbestimmungen und Schulgesetz in der Frage der zwingenden Absolvierung der Blf (Besonderen Leistungsfeststellung).

Zu hoffen ist, dass die Kommunikation der beteiligten Verwaltungsorgane sich verbessert und Zuständigkeiten geklärt werden. Von einer Aufsichtsbehörde wie dem Ministerium darf verlangt werden, dass es sicherstellt, dass die ihm nachgeordneten Behörden sach- und rechtskonform handeln. Dafür bedarf es klarer und unmissverständlicher Kommunikation und im Zweifelsfall Anweisungen, auch wenn eine dialogische Aufsichtsführung gewünscht ist.

...und es wurde auch Vertrauen verspielt

Hätte es für diese Erkenntnisse eines Untersuchungsausschusses bedurft? Diese Frage können wir als Fraktion DIE LINKE mit einem klaren Nein beantworten. Für uns wurde hier das Geld der Steuerzahler verschwendet. Und es wurde auch Vertrauen verspielt. Bei dem Missbrauch eines Untersuchungsausschusses – der ja eigentlich für die Überprüfung von Regierungshandeln vorgesehen ist – als politisches Kampfinstrument besteht stets die Gefahr, das schärfste Schwert der Opposition stumpf werden zu lassen, den Menschen das Vertrauen in diese so wesentliche Kontrollinstanz zu nehmen. Dies ist hier geschehen. Dem Ansehen der parlamentarischen Demokratie ist dadurch Schaden entstanden, ein Umstand der gerade in Zeiten, in denen die Legitimität der Demokratie in einigen Teilen der Bevölkerung ins Wanken geraten zu sein scheint, gut hätte bedacht werden müssen. Vielleicht wäre es dann doch sinnvoller gewesen, von diesem Geld eine Schule zu sanieren.

Dr. Regine Ahlert

http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/72612/moegliches_fehlverhalten_der_thueringer_landesregierung_in_der_lauinger_affaere.pdf

Nebenbei notiert

Stoppschild

KOMMENTAR VON
MDL ANJA MÜLLER

Erstmals in der Geschichte des Bundestages hat ein Ausschuss seinen Vorsitzenden des Amtes enthoben. Diese zweifelhafte Ehre ist am 13. November dem Geraer AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner zuteil geworden. Bis auf die AfD-Mitglieder im Rechtsausschuss stimmten alle für seine Abberufung.

Das war mehr als überfällig und ein politisch und parlamentarisch richtiges und wichtiges Signal. Und vor allem ist der Beschluss der demokratischen Fraktionen ein notwendiges Stoppschild gegen das aggressive und menschenfeindliche Gebaren der AfD im Allgemeinen und von Brandner im Besonderen.

Dieser Mann war und ist dafür bekannt, dass er gezielt provoziert, Menschen beschimpft und beleidigt. Wir haben es erlebt im Thüringer Landtag von 2014 bis zu seiner Wahl in den Bundestag 2017. Auch hier war er Vorsitzender des Landtagsjustizausschusses und auch hier fiel er, vor allem in den Plenarsitzungen, mit Äußerungen von ganz Rechtsaußen auf. In den nur drei Jahren, die Brandner dem Landtag angehörte, brachte er es auf 32 Ordnungsrufe. „Hetzen als System“ überschrieb die FAZ treffend einen Beitrag über ihn.

Schon damals ist klar gewesen, welche Ideologie Brandner vertritt. Spätestens mit seinen zynischen und antisemitischen Ausfällen zum Terroranschlag auf die Synagoge in Halle ist eindeutig klar geworden, dass er völlig ungeeignet für eine solche verantwortungsvolle Funktion wie den Vorsitz im Rechtsausschuss im Bundestag ist.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Einmalige Kombination

Neue Ausstellung im Fraktionsflur zum „Stromspar-Check“

Noch bis zum 9. Dezember zeigt die LINKE-Fraktion in ihrer Galerie im Flur der 4. Etage des Fraktionsgebäudes im Erfurter Landtag eine Ausstellung zum Stromspar-Check. Hier können sich Besucherinnen und Besucher informieren über diese besondere, schon seit Jahren und sehr erfolgreich laufende Aktion des Deutschen Caritasverbandes und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 14. November berichtete Andrè Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, wie er das Projekt in Erfurt kennenlernte und sehr beeindruckt und begeistert war „von dieser einmaligen Kombination aus Umwelt-, Bildungs-, Sozial- und Arbeitspolitik“.

Der Stromspar-Check ist ein kostenfreies Angebot für Bezieher sozialer Leistungen und niedriger Einkommen. Ausgebildete Stromsparhelfer - die Ausstellung zeigt auch mit dem Selbstauslöser fotografierte Porträts -, die zuvor langzeitarbeitslos waren, besuchen die Haushalte, tauschen Energiefresser aus und senken so die Energiekosten durchschnittlich um 172 Euro pro Jahr. Dabei messen sie die Verbrauchswerte von Waschmaschinen, Elektroherden, Kühlschränken, Lampen,

Computern, Warmwasserbereitern oder Fernsehgeräten und geben qualifizierte Tipps, wie sich der Verbrauch mit einfachen Mitteln senken lässt. Dazu bauen sie dann auch Artikel im Wert von bis zu 70 Euro – Lampen, Standby-Abschalter, Wasserspartechnik – kostenlos ein.

Seit dem Jahr 2013 konnten so allein in Erfurt - weitere Möglichkeiten gibt es in Gera, Jena und Weimar - 2.700 Haushalte beraten werden. In Erfurt wird der Stromspar-Check der Caritas gefördert von den Stadtwerken, der KoWo, dem Jobcenter, der EVAG, dem Sozialamt und der Landeshauptstadt. Das Projekt ist Montag bis Freitag (8.00 bis 13 Uhr) Am Hügel 10A erreichbar oder unter 0152/37616731 bzw. per Mail unter ssc-ef @caritas-bistum-erfurt.de.

„Das ist keine armutsfeste Grundrente“

Es ist gut, dass zum Thema Grundrente endlich ernstzunehmende Bewegung in die Debatte kam. Allerdings halte ich den nun erzielten Kompromiss für enttäuschend. Er bleibt weit hinter den Erwartungen an einer echten armutsfesten Grundrente zurück“, bewertete namens der Linksfraktion im Thüringer Landtag Karola Stange was ausgehandelt wurde. Die sozialpolitische Sprecherin ist überzeugt, dass diese Grundrente nicht dafür sorgen wird, dass Altersarmut wirksam bekämpft werden kann.

Schließlich bedeute der Kompromiss, dass diese faktische Grundsicherung für etwa 1,5 Millionen Menschen lediglich minimal aufgestockt wird. „Damit ist immer noch kein Schutz vor Altersarmut erreicht und das Problem der Rentenlücken bleibt. Auch das Hinzuziehen der Partner bei der Berechnung kritisieren wir. Das wirkt sich vor allem als schwerer Nachteil für Frauen aus, die Jahrzehnte im Niedriglohnbereich gearbeitet haben. Kommt man zusammen auf knapp 2.000 Euro, dann wird die Grundrente nicht gezahlt. Auch diejenigen, die nicht 35 Arbeitsjahre vorweisen können, gehen leer aus. Alles in allem ist der Grundrenten-Kompromiss alles andere als sozialpolitisch ausgewogen und daher inakzeptabel“, sagte Karola Stange.

Der zwischen CDU/CSU und SPD am 11. November verkündete Kompromiss sieht einen Zuschlag auf die Rentenansprüche von Geringverdienern vor, die 35 Beitragsjahre durch Arbeit, Kindererziehung oder Pflege haben. Sie werden nahezu so gestellt, als ob sie in diesen 35 Jahren für 80 Prozent eines Durchschnittslohns gearbeitet hätten. Die Grundrente soll zum 1. Januar 2021 eingeführt werden und gilt für Menschen, die bereits in Rente sind und für künftige Rentner.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler